

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/127

KPV-Landesverband S-H – Postfach 1720 – 24016 Kiel



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Frau Vorsitzende  
Barbara Ostmeier  
Postfach 71 21  
24171 Kiel

**Kommunalpolitische Vereinigung  
Ingbert Liebing, MdB**  
Landesvorsitzender

Kontakt über:  
Tel. 0431 - 66 0 99-22  
Fax 0431 - 66 0 99-99  
e-mail hollmann@cdu-sh.de

Kiel, 12. September 2012

## Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vielen Dank für das Angebot, im Rahmen der parlamentarischen Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW Stellung zu nehmen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung Schleswig-Holstein hat sich im Rahmen ihrer Landesversammlung am 26.08.2011 mit den damaligen geplanten Änderungen der Kommunalverfassung befasst. Im Rahmen dieser Diskussionen hat die KPV Schleswig-Holstein sich dafür ausgesprochen, dass in Gemeinden ab 4000 Einwohnern das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin hauptamtlich wahrgenommen werden kann. Wir haben es sehr begrüßt, dass die Landesregierung in der vergangenen Wahlperiode diese Position in ihrem Gesetzentwurf aufgegriffen hatte und die entsprechende Beschlussfassung durch den damaligen Schleswig-Holsteinischen Landtag ausdrücklich begrüßt.

Im Rahmen dieser Beratungen hatte sich die KPV Schleswig-Holstein auch dafür ausgesprochen, dass die Wahl durch die Gemeindevertretung erfolgen solle. So ist auch die entsprechende Beschlussfassung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag erfolgt und jetzt Rechtslage.

Es erscheint aus unserer Sicht nicht zweckmäßig, im jährlichen Rhythmus Änderungen an der Kommunalverfassung vorzunehmen. Nachdem die Änderungen in der vergangenen Wahlperiode nach gründlichen und ausführlichen Beratungen erfolgt sind, sollte jetzt Kontinuität gewahrt werden und geprüft werden, wie sich die Änderungen in der Praxis auswirken. Sollte es dann anderweitige Erfahrungen geben, könnte die Diskussion erneut geführt werden. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht der Fall, so dass die KPV Schleswig-Holstein davon abrät, jetzt wieder die Kommunalverfassung zu ändern, wie es die Fraktion von SPD, Bündnis90/Die Grünen und die Abgeordneten des SSW beantragt haben.

In diesem Sinne empfehlen wir Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingbert Liebing', written in a cursive style.

Ingbert Liebing, MdB